

# 1 Einführung

Auf der Titelseite der Mitgliederzeitung der Gewerkschaft ver.di stand zu lesen: „Demokratie ist kein Selbstläufer“. Ver.di führt aus:

„Aktuell glauben 31 Prozent der Deutschen, in einer Scheindemokratie zu leben, in der die Bürger nichts zu sagen haben. Im Osten glauben das fast die Hälfte, 45 Prozent, im Westen sind es 28 Prozent.“<sup>1</sup>

Auch in einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 herausgegebenen Studie wird festgestellt:

„Die Demokratiezufriedenheit in Deutschland verharrt auf niedrigem Niveau. Eine (wenn auch) knappe Mehrheit der Menschen ist mit der Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande funktioniert, unzufrieden, weniger als die Hälfte sind sehr oder ziemlich zufrieden. Das ist der negative Befund unserer Folgestudie, der sorgenvoll stimmen muss. ... (Es) verbergen sich hinter der allgemeinen Demokratie(un)zufriedenheit weiterhin Entwicklungen und Tendenzen, die für die Stabilität der Demokratie prekär und potenziell bedrohlich sind.“<sup>2</sup>

Umfragen zeigen auch eine Zunahme der Zustimmung für rechtspopulistische Parteien. Laut ARD-DeutschlandTrend im Juli 2023 käme die AfD auf 20 Prozent, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, und wäre damit zweitstärkste Kraft. Das ist der höchste Wert, der für die AfD je gemessen wurde. Aktuell sind nach dieser Befragung 23 Prozent mit der Arbeit der Ampel-Koalition sehr zufrieden beziehungsweise zufrieden (+3 im Vergleich zum Juni). 75 Prozent sind damit weniger beziehungsweise gar nicht zufrieden (-4).

Im September 2017, bevor die AfD zum ersten Mal in den Bundestag einzog, meinten 85 Prozent der Befragten, dass es in der AfD zu viele Rechtsextreme gebe. Im Juli 2023 würden das noch 69 Prozent sagen, 18 Prozent stimmten der Aussage eher nicht zu. Eine Mehrheit von 55 Prozent war der Meinung, die AfD löse zwar keine Probleme, nenne die Dinge aber wenigstens beim Namen (+12 Punkte im Vergleich zu Mai 2019). Gut jeder Zweite (53 Prozent) sagte, die AfD habe es besser als andere Parteien verstanden, dass sich viele Menschen bei uns nicht mehr sicher fühlten – 11 Prozentpunkte mehr als im September 2021.<sup>3</sup>

Die erfolgreiche Wahl des AfD-Kandidaten für das Amt des Landrates im Kreis Sonneberg in Thüringen Ende Juni 2023 ist ein Alarmsignal. Helge Matthiesen stellte fest, dieses Amt sei zwar nicht von besonderer Bedeutung.

„Dennoch ist die Entwicklung in Thüringen bedrohlich: Die Parteien der Mitte und der politischen Linken haben offenbar nicht mehr genügend Bodenhaftung in den lokalen Milieus, um einen gemäßigten Kandidaten mit einer sachlichen Agenda durchzusetzen. Es fehlt an geeigneten, überzeugenden Kandidaten. Das muss jeden Demokraten beunruhigen. ... Die Parteien müssen wieder näher an das Volk und das geht am besten in Kreisen, Städten und Gemeinden.“<sup>4</sup>

Vor allem die ehemaligen Volksparteien erreichen mit ihren Programmen, Themen und Botschaften das Wahlvolk offensichtlich nur noch sehr eingeschränkt. Auch die Zahl ihrer Mitglieder ist seit längerer Zeit rückläufig.<sup>5</sup>

Das stark abnehmende Vertrauen hat sich schon in den Ergebnissen der Bundestagswahl 2021 sowie der Landtagswahlen 2022 und 2023 mit Blick auf die Stimmergebnisse, aber auch auf die Entwicklung der Wahlbeteiligung niedergeschlagen. Die Repräsentativität der Wahlergebnisse ist in Frage gestellt.

Diese Entwicklungen sind nicht auf Deutschland beschränkt. Die letzten Wahlen in Frankreich, Schweden und Italien machen auch in diesen Ländern deutlich, dass die früher prägenden Volksparteien stark an Zustimmung und Einfluss verloren haben oder kaum noch eine Rolle spielen. So wird von einer aktuellen Umfrage aus Großbritannien berichtet, wonach 75 Prozent der Befragten die Meinung vertraten, das Vertrauen in britische Politiker in den vergangenen Jahren verloren zu haben. 74 Prozent glaubten, dass Politiker mehr im eigenen Interesse handeln als im Interesse der Allgemeinheit.<sup>6</sup> Thomas Leif hat schon vor mehreren Jahren festgestellt:

„Die Parteien in Deutschland leiden unter einem massiven Realitätsverlust. Die Parteirealität vieler Spitzopolitiker unterscheidet sich fundamental von der Lebensrealität der Bürger und Wähler. Die Folge: Die Parteien verlieren zunehmend ihre Problem-sensorik und ihre Orientierungsfunktion für die Bürger. Die Verankerung in der Bevölkerung sinkt, die Parteien verlieren an politischer Deutungsfähigkeit. ... Die sich vertiefende Kluft zwischen Parteirealität und Lebensrealität der Bürger verlangt grundlegende Anpassungen an die Wirklichkeit, weil andernfalls demokratisch nicht legitimierte Akteure und Lobbykräfte ihren politischen Einfluss noch weiter ausbauen und so die eigentlichen gewählten Volksvertreter – aus der Sicht der Bürger – überflüssig machen.“<sup>7</sup>

Die Auswahl vieler Mandatsträger auf Landes- und Bundesebene wird formal in Parteiversammlungen entsprechend der Satzung beschlossen, faktisch aber im Vorfeld in kleinen örtlichen und regionalen Zirkeln schon festgelegt. Die Beteiligung der Mitglieder ist dabei auf der Strecke geblieben.

Der Reformbedarf der Parteien ist von Politikwissenschaftlern vielfach untersucht und beschrieben worden, meist mit einer Konzentration auf die Bundes- und höchstens noch die Landesebene.<sup>8</sup> Wir sollten aber auch auf die Basis schauen, wo viele Entwicklungen und Probleme ihren Ursprung haben, wo strukturelle und personelle Probleme und ihre Entwicklung erkannt werden könnten. Wo die Bürger leben und sich fragen: Warum sollen wir *die* wählen?!

Nach einem Überblick über Darstellungen und Einschätzungen der Krise der Volksparteien und besonders der SPD in der Literatur möchte ich versuchen, diese Entwicklungen aus einer Perspektive „von unten“ zu beschreiben, indem ich mein persönliches Erleben als Mitglied der SPD in der Mittelrheinregion schildere. An der Basis bauen sich viele Probleme auf, die bis ganz oben mitgeschleppt werden.

„Wo eine Partei fest in den örtlichen Gemeinschaften verankert ist und in den Städten und Kommunen Regierungsfähigkeit demonstriert, wird sie auch auf nationaler Ebene eine wichtige Rolle spielen. Leistungsfähigkeit und Bürgernähe vor Ort sind die Grundlage des Vertrauens, das eine Partei braucht, um auch für überörtliche Aufgaben gewählt zu werden.“<sup>9</sup>

Nun ist es das eine, über die Medien politische Entscheidungen zu erfahren, sich darüber zu ärgern, diese zu kritisieren und abzulehnen. Und es ist etwas anderes, politische Entscheidungen und ihre Auswirkungen persönlich erdulden und erleiden zu müssen. Dies wurde mir in besonderer Weise bei einem Besuch bei einem ehemaligen Schulfreund bewusst. Er fand 2007, rund 40 Jahre nach unserer gemeinsamen Schulzeit statt, als er sich in einer sehr schwierigen Lebenslage befand, die er auch auf die Agenda-Politik des ehemaligen Bundeskanzlers Schröder zurückführte. Zum Schluss meines Besuches stellte er mir die Frage:

„Und Du bist noch in der SPD?“

Diese Frage meines früheren Schulfreundes beschäftigt mich bis heute. Letztlich ist sie der Anstoß für dieses Buch, das mein Versuch einer Antwort ist.

Eine ausführliche, begründete Antwort konnte ich ihm damals nicht geben. Die Schilderung seines Lebensweges, seiner schwierigen Lebenssituation stand so sehr und so umfassend im Mittelpunkt und hatte mich so stark emotional berührt, dass ich in dieser Gesprächssituation eine einfache Beantwortung seiner Frage als banal und unangemessen empfunden hatte. Ich war schlicht dazu nicht in der Lage. Deshalb möchte ich versuchen, die Antwort auf seine Frage hier nachzuliefern. Er hatte seine Frage sehr ernst gemeint. Sie war in der Erinnerung an unsere gemeinsame Zeit, in der Erinnerung an unsere gemeinsamen politischen Ziele begründet.

Ich bin im Herbst 1967 in die SPD eingetreten. Das Profil der SPD, ihre politischen Ziele und viele ihrer Politiker in Bund, Land und Kommune erschienen vertrauenswürdig, kompetent und überzeugend. Vor allem das außen- und friedenspolitische Profil hatte mich und viele andere bewegt, mich in der SPD zu engagieren. In den folgenden Jahrzehnten habe ich wiederholt Zweifel gehabt, mit meinen Vorstellungen in der richtigen Partei zu sein.

Häufig waren es bestimmte politische Entscheidungen oder das Verhalten von SPD-Politikern, die meine Zweifel von Fall zu Fall begründet hatten. Es waren aber auch immer wieder politische Entscheidungen, gute Erfahrungen mit SPD-Politikern und der häufig freundschaftliche Kontakt zu anderen Mitgliedern vor Ort, die mich bestärkt haben, in der SPD zu bleiben.

In der SPD gab es verschiedene Anläufe, Reformen auf den Weg zu bringen, die wenig erfolgreich waren. Die Beschlüsse des Bundesparteitages 2019 sandten ermutigende Signale sowohl in Richtung der inhaltlichen Profilierung der SPD wie auch im Hinblick auf die Öffnung für mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder in der Partei. Aber ein wirklicher Aufbruch ist bisher nicht gelungen.

Mein Anliegen ist vor allem eine offene und ehrliche Debatte, möglichst auch gemeinsam mit vielen Mitgliedern der SPD, über den Reformbedarf und Ansatzpunkte für Veränderungen. Die Unsicherheiten und Existenzängste der Menschen wachsen von Tag zu Tag. In dieser Situation ist ganz besonders die SPD herausgefordert, sich stärker den Lebenslagen der Bürger zuzuwenden und sich deutlicher für eine gerechtere Gesellschaft und einen fairen gesellschaftlichen Austausch einzusetzen.

## 2 Zunehmende Armut und Spaltung der Gesellschaft

Parteien und Politiker haben schon lange mit einem gravierenden Vertrauensverlust zu kämpfen. Aktuell kommen mehrere Krisen zusammen, die die Lage drastisch verschärfen.

Die zwanziger Jahre begannen mit einer sehr ernsten Herausforderung, der Corona-Pandemie. 2021 folgte eine große Flutkatastrophe in Teilen des Landes, die zeigte, wie sehr sich der Klimawandel bereits heute auswirkt. Schließlich kam im Februar 2022 der Krieg Russlands gegen die Ukraine hinzu.

Ab Frühjahr 2022 drosselte Russland die Gaszufuhr nach Deutschland immer mehr. Die Folge sind Energieversorgungsprobleme, stark steigende Energiekosten, stark ansteigende Inflation – Folgen, die bei Bürgern direkt ankommen.

Auch viele Unternehmen, große Industrieunternehmen und Handwerksbetriebe sind durch die Energiekrise stark bedroht, von Verlagerungen ins Ausland und von möglichen Pleitewellen wird in Regionalzeitungen berichtet.<sup>10</sup>

Die genannten drei großen Krisen verstärken in ihren Auswirkungen eine vierte Krise: Die zunehmende Armut. Den Armutsforscher Christoph Butterwegge beunruhigt, dass es durch die Energiekrise und die allgemein hohe Inflation bis in die Mitte der Gesellschaft hinein zu sozialen Verwerfungen kommen könnte.

„Mich besorgt aber, dass die Existenzsorgen in der Mittelschicht zunehmen. Möglicherweise wenden sich viele ihrer Angehörigen politisch nach rechts außen.“<sup>11</sup>

Am 6. November 2022 zeigte das ZDF eine Reportage über zunehmende Armut in Deutschland.<sup>12</sup> Dort wurde sehr anschaulich der Alltag von Bürgern gezeigt, bei denen sich die steigenden Kosten nicht mehr mit dem vorhandenen Einkommen stemmen lassen.

Auch in der Mittelrheinregion steigt die Zahl der Bedürftigen deutlich, die bei den Tafeln um Lebensmittel anstehen. Immer mehr Menschen brauchen die Unterstützung für das tägliche Leben, weil das Geld nicht mehr reicht.<sup>13</sup>

Die Krise kommt zunehmend bei den Bürgern vor Ort als Herausforderung und bei manchen auch als Bedrohung an. Sie ist nicht nur eine durch die Medien geschilderte Krisensituation irgendwo auf der Welt. Viele Bürger und viele Branchen kämpfen auch noch mit den Folgen der Corona-Pandemie. Die Zahl der Flüchtlinge und die Probleme ihrer Unterbringung vor Ort steigen wieder an. Armut wird ein erkennbares Problem.<sup>14</sup>

In einem Zeitungsbericht über eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung stand:

„Weniger offensichtlich und bekannt ist die Tatsache, dass von Armut betroffene Menschen vermehrt das politische System des Landes ablehnen. Das resultiert aus dem Gefühl und der Wahrnehmung, dass die politisch Verantwortlichen zu wenig für diese benachteiligten Personen tun. Das Gefühl kommt nicht von ungefähr. ... die Tatsache, dass in Deutschland rund 17 Prozent von Armut betroffen sind, sollte alarmieren. ... Die vorhersehbaren Spannungen werden die Gesellschaft auf eine harte Probe stellen. Deswegen ist es dringend geboten, zielgenau diejenigen zu unterstützen, die unter der Inflation am meisten leiden.“<sup>15</sup>

Wie agierten Politiker und Parteien? Gas- und Strompreisdeckel und andere Entlastungs- und Überbrückungsangebote sind zeitlich befristete Maßnahmen, von denen auch Spitzerverdiener profitieren. Für diese Maßnahmen forderte selbst der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass eine höhere Besteuerung für Reiche angezeigt wäre.

Wie agieren Politiker der SPD? Unklar bei wichtigen und innerhalb der Koalition offenen und strittigen Themen. Die Kommunikation der SPD bleibt häufig für die Bürger unverständlich.

„Laut Forschungsgruppe Wahlen sehen 32 Prozent der Menschen die Kompetenz für soziale Gerechtigkeit weiterhin bei den Sozialdemokraten, deutlich mehr als bei allen anderen Parteien. Doch die Erwartungen werden offenbar nicht erfüllt. Anfang des Jahres waren laut ‚ARD-DeutschlandTrend‘ zumindest 58 Prozent der Deutschen der Meinung, es gehe hierzulande eher ungerecht zu. So hoch war die Zahl seit 2010 nicht mehr. Wo ist also die SPD? Zum Beispiel bei der Kindergrundsicherung?“<sup>16</sup>

Der Krieg in der Ukraine entfaltet seine Wirkung über die direkt betroffenen Länder hinaus:

„Das Gift des Krieges verstärkt die in vielen Ländern schon zuvor verbreitete Abstiegsangst der Mittelschicht. Es bedroht die Armen und Ärmsten der Gesellschaft, die sich im bevorstehenden Winter vor die skandalöse Wahl gestellt sehen könnten: essen oder heizen.“<sup>17</sup>

Die Auswirkungen der Krisen werden von den Bürgern zunehmend wahrgenommen und erfahren, aber auch die offensichtlich beschränkte Handlungsfähigkeit der Politiker. Als Kommentar zu einer Umfrage in NRW, wonach Inflation und Preissteigerungen mit 40 Prozent und die Gefährdung der Energieversorgung mit 30 Prozent mit Abstand an der Spitze der Sorgen der Befragten stehen<sup>18</sup>, war in einer Regionalzeitung zu lesen:

„Was der Politik im Land (aber auch im Bund) Sorgen machen muss, ist die grundsätzliche Abkehr der Menschen von den Parteien. Wenn mehr als ein Drittel der Befragten der Meinung ist, dass keine Partei die Interessen der politischen Mitte vertritt – und zur Mitte zählen sich die allermeisten Bürger – dann ist das ein dramatischer Befund. Aber auch nicht wirklich überraschend, wenn man daran denkt, dass die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl nur bei 55 Prozent lag.“<sup>19</sup>

## Vertrauensverlust der SPD

Frühere SPD-Landespolitiker sprachen von der SPD als der Schutzmacht des kleinen Mannes und waren damit erfolgreich. Günter Grass sprach als prominenter Vertreter der früheren SPD-Wähler-Initiative Anfang der 1970er Jahre vom SPD-Leitbild des angstfreien Menschen, frei von existenziellen Ängsten. Anfang der 2000er Jahre entstand eher das Bild von Gerhard Schröder als dem Kanzler der Bosse. Ins Zentrum des Interesses der sozialdemokratischen Parteien rückte die „neue Mitte“, Wählerschichten mit Universitätsabschluss oder mindestens Abitur wurden zur Zielgruppe.

„Wo steht die SPD?“ fragt das Buch von Gerd Mielke und Fedor Ruhose:

„Die Abkehr von der Tradition der Verteilungsgerechtigkeit und – damit einhergehend – das Verlassen des sozialdemokratischen Feldes sowie die Umorientierung auf Chancen- und Generationengerechtigkeit prägt die Politik bis zur Finanzkrise. Viel Zeit, die seitdem vergangen ist, und die beschriebene inhaltliche Wende haben dazu geführt, dass

die SPD in der Wahrnehmung der Menschen immer noch außerhalb ihrer eigenen politischen Tradition steht. ... Sie hat kein Thema, das begeistert, und ein massives Problem in der Zuschreibung des eigenen Markenkerns. Dass fast 60 Prozent der Befragten meinen, die SPD setze sich nicht mehr für die sozial schwachen Menschen in der Gesellschaft ein, lässt tief blicken.“<sup>20</sup>

Zunehmend viele Menschen, wohl besonders auch in der früheren SPD-Stammwählerschaft, empfanden die „Individualisierung“ auch als eine Art Zurückweisung: Kümmert Euch selbst! Michael Sandel spricht mit Blick auf die Gesellschaft der USA von Meritokratie.<sup>21</sup> Auf uns, auf solidarische Unterstützung könnt Ihr nicht mehr rechnen. Beim „Fördern und Fordern“ stand das Fordern im Mittelpunkt. Mein früherer Schulfreund hatte das erlebt.

Die Bürger sehen beim Bürgergeld, dem ehemaligen „Hartz IV“, eine grundsätzliche Benachteiligung: Die Bürger, die Jahre und Jahrzehntelang als Arbeitende ihren finanziellen Beitrag zum Sozialsystem geleistet haben, erhalten die gleiche Unterstützung wie Personen, die keinen Beitrag geleistet haben oder aktuell als Flüchtlinge aus der Ukraine kommen. Mein ehemaliger Schulfreund hatte diese ungerechte Behandlung in unserem Gespräch 2007 heftig kritisiert.

Mielke und Ruhose verweisen auf eine gravierende Fehleinschätzung der Partei- und Regierungsspitze um Gerhard Schröder und Franz Müntefering zur „Agenda 2010“:

„Diese Agenda war eben nicht ein wirtschafts- und sozialpolitisches Maßnahmenbündel, sondern erschütterte einen tragenden Pfeiler der politischen Kultur in Deutschland. Die Markenkernschmelze für die SPD wird hier ganz dramatisch fassbar. Die Agenda 2010 hat die SPD von einem breiten Erwartungskonsens, der sich über alle sozialen Gruppen und politischen Lager hinweg spannte, getrennt und zum Verlust eines wesentlichen Teils der Anhängerschaft geführt. Auf längere Sicht hat dies ganz wesentlich zu einer breiten Distanz und Politikverdrossenheit der Wählerschaft beigetragen.“<sup>22</sup>

In einer von der SPD in Auftrag gegebenen Analyse des ernüchternden Wahlergebnisses 2017 gaben die Autoren Erklärungen zum Vertrauensverlust:

„Dieses Misstrauen zwischen oben und unten ist umso gefährlicher für die SPD, als Glaubwürdigkeit und Vertrauen in politische AkteurInnen und deren Tun unabdingbare Voraussetzungen für Wahlerfolge und Mehrheiten sind. Vertrauen ist in hochmodernen Gesellschaften vor allem deshalb ein essentielles, aber auch hochfragiles Sozialkapital‘ (Franz Walter), weil traditionelle Beziehungen und Loyalitäten nicht mehr abrufbar sind. Viel schärfer noch als bei den Konservativen sind bei der SPD die einst

verlässlichen Bindungen etwa zu Gewerkschaften und Vorfeldorganisationen zerbrochen, Enttäuschungen (Ausbleibende Agenda-Korrekturen, Mehrwertsteuererhöhung, Bildungspolitik, Arbeitsmarkt, Globalisierung) und Versäumnisse (Wohnungsbau, Netzausbau, Pflege, Zweiklassen-Medizin) haben ihren Teil zur Erosion beigetragen. Und Bündnisse mit neuen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen – wie Campact, Attac, Pulse of Europe etc. – ist die SPD nicht eingegangen. Möglicherweise aus guten Gründen, wohl aber eher, weil sie die Dramatik des Vertrauensverlusts noch nicht vollends begriffen hat. Sonst wäre sie nicht nur vereinzelt, sondern flächendeckend mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen in kooperativem Kontakt.“<sup>23</sup>

Die Autoren machen deutlich, dass sich der Vertrauensverlust über einen längeren Zeitraum aufgebaut hat – auch ein Hinweis, dass die Wiedergewinnung von Vertrauen nicht nur durch einen Parteitagsbeschluss, sondern vor allem durch konkretes politisches Handeln erfolgen kann:

„Und schließlich hat eine Reihe von Fehlentscheidungen die Glaubwürdigkeit von Politik massiv diskreditiert. Gerade auch die SPD ist in den angeblich so erfolgreichen Jahren von Schröder und Müntefering einer ganzen Kette von Irrtümern erlegen – mit spürbaren Auswirkungen bis heute. Es war aus heutiger Sicht ein Fehler, im öffentlichen Sektor massiv Personal einzusparen, die Kontrollfunktion des Staates zurückzufahren, den sozialen Wohnungsbau zusammenzustreichen und Hunderttausende von Genossenschaftswohnungen zu verkaufen. Es war auch falsch, den Bankensektor zu liberalisieren, die Zuständigkeit der Länder für den Bildungsbereich zu zementieren, den umstrittenen Bologna-Prozess mit der Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse zu feiern oder auch – nicht zuletzt weil die Wirtschaft massiv darauf drängte – flächendeckend G8 einzuführen und die gymnasiale Oberstufe abzukürzen. Die SPD muss nicht in Asche gehen, weil auch der mediale Mainstream massiv zu einem Rückzug des Staates drängte. Und doch hat die Sozialdemokratie allzu eilfertig und allzu lang all den Forderungen nach Privatisierung, Liberalisierung und einem angeblich schlankeren und effizienteren Staat nachgegeben.“

Den früheren Stammwählergruppen unterstellte man wohl eine dauerhafte Bindung an die SPD – quasi alternativlos. Dass diese Stammwähler – ob im Ruhrgebiet, in Deutschland und auch in anderen europäischen Ländern – sich in den letzten Jahren zunehmend rechtspopulistischen Parteien zuwenden, erwischt sozialdemokratische Parteien weitgehend unvorbereitet. Sie blieben angesichts dieser Entwicklung weitgehend ziellos und planlos – auch ohne Alternative zu ihrem neuen Mitte-Kurs. Diese Entwicklung offenbart auch die zunehmende Distanz und Entfremdung zwischen schrumpfender Parteibasis und den um Ämter und Mandate ringenden Personengruppen in der Partei.

Schon 2007 kritisierte Oskar Negt, dass die Parteien zwar eine rückläufige Wahlbeteiligung beklagen, aber die politischen Eliten Kritik nie auf sich selbst beziehen. Nicht Arbeit bestimme den öffentlichen Diskurs über das Gewicht politischer Handlungsfelder, sondern die betriebswirtschaftliche Denkweise, die das, was einmal Wohlstandsökonomie, „Ökonomie des Ganzen Hauses“ hieß, völlig aufgezehrt habe.

Er befürchtet den Verlust eines Gerechtigkeitsgefüges in den Lebensverhältnissen:

„Zusammenhalt ist gefährdet, wenn mit dem Abbau des Sozialstaates immer mehr Kosten in den Sicherheitsstaat investiert werden müssen. Die durch sozialstaatliche Sicherungen verbürgte Angstfreiheit der Menschen ist der demokratischen Substanz unserer Gesellschaftsordnung zu Gute gekommen. ... Wenn die Menschen in unübersichtlichen Krisensituationen und gesellschaftlichen Umbrüchen die Orientierung verlieren, werden sie anfällig für Sicherheitsangebote politischer und religiöser Scharlatane.“<sup>24</sup>

Die Bürger aber, die sich zu den Verlierern, zu den Abgehängten zählen oder gezählt werden, haben häufig nicht mehr den Mut und die Kraft, sich im Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft, oder gar öffentlich zu „outen“ – auch nicht gegenüber der Politik. Es ist nicht nur der materielle Verlust, der Einkommensverlust, sondern auch die empfundene Demütigung durch staatliche Stellen und teilweise auch im persönlichen und nachbarschaftlichen Umfeld, die zunehmend zur Isolation und Vereinsamung führt. Und wo Protest doch mal auf- und ausbricht, dann in der Protestwahl zugunsten meist rechts-populistischer Parteien, wie in den nördlichen Stadtteilen der Ruhrgebietsstädte.

Ähnliche Entwicklungen erleben wir in Frankreich, Italien, den Niederlanden, England – oder auch beim Zulauf von Wählern zu Trump in den USA. Anlässlich der Kommunalwahl in Frankreich 2020 wurde berichtet, die klassischen Parteien seien so unbeliebt, dass bei den Kommunalwahlen viele Kandidaten als Unabhängige antraten.

„Seitdem Emmanuel Macrons Bewegung ‚En Marche‘ im Mai 2017 das französische Parteiensystem zum Einsturz brachte, verschoben sich die politischen Koordinaten der Fünften Republik. Zuerst wurden die Sozialisten und dann auch die konservative Partei pulverisiert. Und nun werden auf einmal im ganzen Land parteipolitische Referenzen gemieden, als würden sie unweigerlich großes Unglück nach sich ziehen.“<sup>25</sup>